

(KR/WL/AM)

Heute unter anderem zu diesen Themen:

1. [Wirtschaftsprofessor Hankel: Kapitalisten oder Sozialstaat schützen](#)
2. [Heribert Prantl: Nach der Tat ist vor der Tat](#)
3. [EU-Abgeordneter Giegold kritisiert Halbherzigkeit der Bundesregierung bei Finanzmarktregeln](#)
4. [Robert von Heusinger: Überbezahlte Banker](#)
5. [Marc Beise: Debatte um Besserverdiener: Keine Frage des Fleißes](#)
6. [US-Parlament kappt die Saläre der Banker](#)
7. [Zig Milliarden Staatshilfe landeten im Portemonnaie der Banker](#)
8. [Opfer der Lehman-Pleite gehen wohl meist leer aus](#)
9. [Ulrike Herrmann: Das Prinzip Ackermann](#)
10. [Ratingagenturen und ihr lukratives Geschäft](#)
11. [Stephan Hebel: Die Jobs der SPD](#)
12. [Pressestimmen: "Deutschland, ein kollektiver Freizeitpark?"](#)
13. [Wirtschaft pocht auf längere Arbeitszeiten](#)
14. [Tarifpolitik im Zeichen der Krise – Hundt gegen Sommer](#)
15. [IG Metall: Arbeiter an die Schalthebel](#)
16. [Einkommen gehen zurück. Kurzarbeit hebt Tarifierhöhungen aus](#)
17. [Zwangsarbeit als Abschreckung – das Elend der Workfare-Konzepte](#)
18. [Post: Mindestlohn auf der Kippe](#)
19. [Neuer Rentenatlas: Gutverdienern droht die größere Rentenlücke](#)
20. [Warnung an die Politik – 30 Milliarden-Defizit in den Sozialkassen](#)
21. [Umfrage: Versicherte sind bereit, höhere Beiträge zu zahlen](#)
22. [Von normalen Beamten wird Gehorsam verlangt](#)
23. [Mitarbeiterüberwachung: Spitzeln hat in Deutschland System](#)
24. [Stau in der Notaufnahme](#)
25. [Sommerinterview Oskar Lafontaine bei der ARD](#)
26. [Sprachforscher: "Die Linke nutzt Schimpfvokabular"](#)
27. [Junge Union-Kampagne: „Stoppt Ramelow“](#)
28. [SWMH-Medienholding . Im Schattenreich der grauen Herren](#)
29. [Liz Mohn erhält Karl-Winnacker-Preis 2009](#)
30. [DIHK-Chef greift Kultusminister an](#)
31. [Immer mehr zivile Opfer in Afghanistan](#)
32. [Blitz-Comeback der Taliban](#)
33. [Zu guter Letzt: Steinmeier und zu Guttenberg in der Karikatur](#)

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Wirtschaftsprofessor Hankel: Kapitalisten oder Sozialstaat schützen**

Die Unglaublichkeit des deutschen Krisenmanagements zeigt sich darin, dass es die Schädiger belohnt, statt den Geschädigten zu ihrem Recht zu verhelfen. Ein Bruchteil der für die Banken- und Firmenrettung aufgebrauchten Staatsgelder und -bürgschaften würde ausreichen, die Verluste der geschädigten Käufer von Bankschuldverschreibungen, Zertifikaten und Derivaten auszugleichen. Marktwirtschaft, Geldsystem und Sozialstaat würden mitnichten unter der Last einiger spektakulärer Konkurse von Banken und Konzerne oder dem Ausfall überzähliger Landesbanken zusammenbrechen. Diese Konkurse stellen weit mehr Strukturbereinigung als Systemrisiko dar. Letzteres wäre nur der Fall, wenn das Bankennetz zerisse oder der Kredit- und Zahlungsverkehr wie bei einem Stromausfall zum Erliegen käme.

Doch das ist nicht der Fall. Politik wie die Banken sollten sich erinnern, was Kreditinstitute der Funktion (wenn auch nicht der Rechtsform) nach sind: Auszahlungsagenturen der staatlichen Zentralbank. Im Extremfall käme es auf diese an.

Sie könnte sogar das Direkt-Kundengeschäft übernehmen und (laut Kreditwesengesetz) die Zinsen und Verdienstspannen der Banken regulieren. Die Bankwelt hätte im Fall eines Boykotts schlechte Karten, was frühere Bankchefs wussten, heutige offenbar nicht immer.

Quelle: [FR](#)

Anmerkung KR: Schön, dass es noch weitere Autoren gibt, die sich dem Irrglauben widersetzen, Banken müssten um jeden Preis gerettet werden. Detailliertere Vorschläge dazu hat z.B. [James Galbraith](#) gemacht.

2. **Heribert Prantl: Nach der Tat ist vor der Tat**

Die Wiedergutmachung eines Schadens gehört zu den allgemeinen Rechtsprinzipien. Wer einen Schaden anrichtet, von dem erwartet man, dass er sich um die Beseitigung des Schadens bemüht. Im Strafrecht nennt man diese Erwartung "Verhalten nach der

Tat". Wenn sich ein Täter nach der Tat um sein Opfer bemüht, wenn er versucht, Leid, Schmerz und Schaden zu lindern – dann wird das, so steht es auch im Gesetz, strafmildernd berücksichtigt. Das Furchtbarste, was ein Straftäter nach der Tat machen kann, ist, wenn er einfach so weitermacht, ohne Einsicht, ohne Reue, ohne Innehalten. Üblicherweise denkt man beim Wort "Kapitaldelikte" ja an Verbrechen gegen Leib und Leben. Nach den Erfahrungen, die man seit dem 15. September 2008, seit dem Zusammenbruch der Investment-Bank Lehman Brothers gemacht hat, kann man beim Wort Kapitalverbrechen auch an die Verbrechen denken, die mit Kapital angerichtet werden. In dem Strafrechtsparagrafen, der von Mord handelt, ist von "Habgier", von "niedrigen Beweggründen" und "gemeingefährlichen Mitteln" die Rede. Das sind Merkmale, die sich einem auch bei den neuen Kapitaldelikten aufdrängen – auch wenn diese strafrechtlich anscheinend kaum zu fassen sind. In der Welt des Strafrechts hätte ein so uneinsichtiges, freches, ja dreistes Verhalten massive Folgen – spätestens jetzt wäre wegen Wiederholungsgefahr Untersuchungshaft fällig. Der Staat war von Teilen der moribunden Finanzwirtschaft offenbar nur als nützlicher Idiot gefragt: Der Staat sollte die angeschlagenen Flaggschiffe der Finanzwirtschaft in seine Docks schleppen und dort mit ungeheuer viel Geld reparieren, sie aber dann wieder in den kapitalistischen Ozean auslaufen lassen. Es scheint so zu funktionieren: Die kleinen Steuerzahler bezahlen die Reparatur, auf dass die alte Besatzung und die alten Passagiere wieder auf den alten Kurs gehen können. Die Banken seien "systemrelevant", sagte der Staat, als er die Banken gerettet hat. Womöglich arbeiten einige nicht systemrelevant, sondern systemzerstörend. Die Finanzwirtschaft zerstört das Vertrauen in die Demokratie – und der demokratische Staat hilft dabei mit, weil er sich nicht ausreichend wehrt. Es ist Zeit für einen Demokratiealarm.

Quelle: [SZ](#)

3. **EU-Abgeordneter Giegold kritisiert Halbherzigkeit der Bundesregierung bei Finanzmarktregeln**

„Es wird auch wieder mit den heißeren Waren spekuliert.“ Angesichts neuer Milliarden Gewinne großer Banken werden die Forderungen nach schärferen Finanzmarktregeln wieder lauter. Bisher werde politisch nicht genug getan, sagte Sven Giegold, Mitbegründer von Attac und Grünen-Mitglied im EU-Parlament.

Quelle 1: [Deutschlandradio Kultur \(Text\)](#)

Quelle 2: [Deutschlandradio Kultur \(Audio-Podcast\)](#)

4. **Robert von Heusinger: Überbezahlte Banker**

Die US-Ökonomen Philippon und Reshef haben unlängst eine Studie vorgelegt, in der sie die Gehälter in der Finanzindustrie zwischen 1909 und 2006 untersucht haben. Ihr Ergebnis: Nur zweimal gab es eine Epoche, in der die Banker systematisch und massiv überbezahlt waren, vergleicht man ihre Gehälter mit denen anderer kluger Menschen

in Branchen außerhalb des Finanzsektors. Das war Mitte der 20er Jahre so, also kurz vor der ersten Weltwirtschaftskrise, und ab Mitte der 90er Jahre wieder. Und sie liefern auch gleich den Grund statistisch signifikant mit: Vor allem die lasche Regulierung des Finanzsektors hat in beiden Epochen die Gehälter völlig abheben lassen. Also: Schranken hoch für die kurzfristige Spekulation und strikte Regeln für die Banken! Dann werden auch die Gehälter wieder sinken so wie in den 40er und 50er Jahren.

Quelle: [FR](#)

5. **Marc Beise: Debatte um Besserverdiener: Keine Frage des Fleißes**

Emsigkeit, Ausbildung, Verantwortlichkeit – diese Argumente ziehen nicht, um hohe Gehälter zu rechtfertigen. Dennoch gibt es gute Gründe dafür, warum Manager viel mehr verdienen als Erzieher. Wohlstand entsteht in der Marktwirtschaft, und hier bilden sich Preise nach Angebot und Nachfrage. Im Arbeitsleben ist der Preis der Lohn. Arbeit, die wenig angeboten wird, ist teuer. Wer von uns traut sich zu, Hand aufs Herz, einen Großkonzern zu steuern (erst recht eine Bank)? Da das offensichtlich ein extrem schwieriger Job ist, herrscht viel Nachfrage und wenig Angebot; also ist der Job verdammt gut dotiert. Mehr noch: Wer in diesem Job wirklich gut ist (oder dafür gehalten wird), ist umworben und kann seinen Marktwert noch weiter steigern. Hinzu kommt die Wertschöpfungskraft der jeweiligen Branche. Wer in einem Bereich tätig ist, in dem das Produkt hohen Erlös abwirft, steht besser da als jemand, der in einem Bereich tätig ist, der wenig abwirft. Da man mit Finanzprodukten viel Geld verdienen kann (woran wir alle schuld sind, die wir diese Produkte kaufen oder gekauft haben), wird bei Banken und anderen Finanzdienstleistern besser verdient als im Handel, wo die Gewinnmargen extrem klein sind.

Quelle: [SZ](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: Man fragt sich, was den Ressortleiter Wirtschaft bei der SZ dazu verleitet hat, die Bezüge von Bankern als nicht zu beeinflussendes Ergebnis von Angebot und Nachfrage darzustellen. Selten war die Diskrepanz zwischen Leistung und Verdienst, Kompetenz und Verdienst so offensichtlich wie heute, selten wurde Marktversagen so eindeutig vom Mainstream konstatiert. Warum schreibt Marc Beise das, ist die eigentlich spannende Frage. Lust an der Provokation, der feste Glaube an das freie Spiel der Marktkräfte, oder ist es schlicht der Dienst eines kapitalhörigen Journalisten?

Zunächst wird festgehalten, dass Fleiß und Einsatz nicht das Mehrhundertfache eines Durchschnittsgehalts rechtfertigen. Auch sei Qualifikation nicht das Maß der Dinge, weil nicht vergleichbar, erst recht nicht vor dem Hintergrund von Verantwortung für Menschenleben. Nur, wie kommt es dann zu Besserverdienenden? Die Lösung ist

ergreifend schlicht und geht den uralten Argumentationsweg über die schlimme ineffiziente Planwirtschaft, sodass natürlich nur die Wohlstand schaffende Marktwirtschaft übrig bleibt. Es zeugt von der Schwäche der Argumentation, dass dieser Popanz aufgebaut werden muss. Kaum jemand bestreitet Marktwirtschaft als überlegenes System, und dass Qualifikation bei knappem Angebot einen höheren Marktpreis erzielt. Beise kommt zu dem Schluss, dass das Angebot an Lenkern von Konzernen und Banken knapp ist. D.h., dass die oben normativ abgelehnte Qualifikation durch den Marktmechanismus aufgehoben ist. Nur, wie erklärt der Markt das "Mehrhundertfache eines Durchschnittsgehalts"?

Natürlich gab es immer Differenzen zwischen den Bezügen eines einfachen Arbeitnehmers und einem Manager, aber wie kam es zu diesen eklatanten Diskrepanzen heute. So heißt es im Drum Major Institute US-Injustice Index 2006: "Wages that an average CEO earns before lunchtime: more than a full-time minimum wage worker makes in a year Ratio of the average U.S. CEO's annual pay to a minimum wage worker's: 821:1". Dass in den USA ein Vorstand im Schnitt bis zum Mittagessen 821 Mal mehr als ein Arbeiter mit Mindestlohn im gesamten Jahr verdient, ein Marktergebnis? Das müsste doch selbst Beise besser wissen. Er kann doch nicht allen Ernstes glauben, dass die 738 Beschäftigten der Citigroup, die gerade einen Bonus von mindestens 1 Million, davon 124 mehr als 3 Millionen Dollar, erhielten, so rare Intelligenzbestien sind. – Wir haben auf vielen Ebenen des Marktes unvollkommene Konkurrenz, Macht ist ein entscheidender Faktor. Mitnahme-Mentalität und Raffgier darf sich im neoliberalen Gesellschaftsmodell frei entfalten usw.

Und dann sagt Beise doch noch etwas Interessantes: „Auch Krankenschwestern und Lehrer sind Mangelware, und müssten also hohe Löhne durchsetzen können. Hier aber setzt der Staat die Regeln – und verweigert aus Geldnot eine marktgerechte Bezahlung.“ Natürlich kommt der Marktfetischist nicht auf den Gedanken, dass der Staat auch im Markt Regeln setzen kann, ja muss. Gerade, wenn er diese – wie im Falle der Finanzmärkte – zum Schaden aller beseitigt hat. Das muss ja gar auf nicht ein Maximum-Entgelt für Banker hinauslaufen, es genügen, wie oben Robert von Heusinger vorschlägt, Schranken für kurzfristige Spekulation und strikte Regeln für die Banken. Bei weniger Gewinnmöglichkeiten sinken Boni und Gehälter automatisch. – Die Aussagen Beises zur Bedeutung des Dienstleistungssektors und erst recht zur Wertschöpfungskraft der Finanzbranche möchte ich nicht kommentieren, ich konnte sowieso nur mit Mühe Polemik und Sarkasmus unterdrücken.

6. US-Parlament kappt die Saläre der Banker

Der Gesetzesvorschlag des US-Repräsentantenhauses verbietet Grossbanken

Bonuszahlungen als Teil des Gehaltspakets, wenn sie die Manager zu extremen Risiken verleiten würden. «Das Fehlverhalten in der amerikanischen Geschäftswelt muss ein Ende haben», sagte der demokratische Abgeordnete James McGovern. Die Manager strichen millionenschwere Gehälter ein, während viele Amerikaner um ihren Job und ihr Haus kämpften. «Managergehälter sind außer Kontrolle geraten», sagte McGovern. Eine Mehrheit von 237 Abgeordneten stimmte für das Gesetz, 185 Volksvertreter votierten dagegen.

Selbst in den schlimmsten Krisenmonaten seien bei Banken wie Goldman Sachs, Morgan Stanley und JP Morgan Chase Boni gezahlt worden, die insgesamt höher waren als der jeweils erzielte Gewinn der Finanzunternehmen. So habe Goldman Sachs 2008 seinen Spitzenmanagern etwa 4,8 Mrd. Dollar an Prämien gezahlt, mehr als das Doppelte des Gewinns.

Quelle: [Tagesanzeiger](#)

Siehe dazu:

7. Zig Milliarden Staatshilfe landeten im Portemonnaie der Banker

Neun der grössten US-Banken kassierten insgesamt 175 Milliarden Dollar vom Staat und zahlten gleichzeitig Boni in Milliardenhöhe aus. Rund ein Fünftel der Staatshilfe floss in die Portemonnaies der Manager, wie eine heute veröffentlichte Untersuchung enthüllt.

Milliardenboni mit Staatshilfe